



I-2431 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Wien, am 13. April 1973

Zl. 13.394-Präs.G/73

Parlamentarische Anfrage Nr. 1119/J
der Abgeordneten Staudinger, Dr. Frauscher,
Dr. Fiedler und Genossen
betreffend Diskriminierung der Handels-
und Gewerbetreibenden1108/A.B.
zu 1119 /J.
Präs. 251. 14. April 1973An den
Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Anton BENYAParlament

In Beantwortung der schriftlichen Anfrage Nr. 1119/J betreffend:
"Diskriminierung der Handels- und Gewerbetreibenden", die die
Abgeordneten Staudinger, Dr. Frauscher, Dr. Fiedler und Genossen
am 15. Februar 1973 an mich richteten, beehre ich mich, folgendes
mitzuteilen:

Zu Frage 1):

Die Mehrzahl der Kaufmannschaft und der Gewerbetreibenden hat sich
bei der Preisgestaltung im Zusammenhang mit der Umstellung des
Umsatzsteuersystems korrekt verhalten, wenn auch vielfach erst
Aufklärung durch die überprüfenden Amtsorgane nötig war. Nur
durch diese Disziplin der Mehrzahl der Unternehmer konnten die
Vorschriften des Preisbestimmungsgesetzes durchgeführt und die
von den politischen Parteien bei der einmütigen Beschlußfassung
dieses Gesetzes verfolgten wirtschaftspolitischen Ziele im
wesentlichen verwirklicht werden. Es darf jedoch nicht übersehen
werden, daß leider keineswegs bei allen Unternehmen eine derart
verantwortungsbewußte Haltung zu beobachten war.

Zu Frage 2):

Im Zuge der im Jänner und Februar 1973 durchgeführten 3. Kontroll-
aktion wurden mehr als 189.000 Erhebungen vorgenommen. Da Anzeigen
auf Grund des Preisbestimmungsgesetzes von den die Überprüfung
durchführenden Amtsorganen, die nicht dem Bundesministerium für

DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Blatt 2

Handel, Gewerbe und Industrie unterstehen, bei den Behörden erster Instanz zu erstatten sind und die Koordination dieser Aktivitäten dem Bundesministerium für Inneres obliegt, vermag ich die genaue Zahl der erstatteten Anzeigen nicht anzugeben.

Zu Frage 3):

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie ist bemüht, die Öffentlichkeit objektiv zu informieren. In gegenständlicher Angelegenheit bedeutet dies, daß sowohl positive als auch negative Fakten über die Haltung der Unternehmerschaft publiziert wurden. Es bleibt jeder Interessensvertretung, politischen Partei oder Propagandastelle unbenommen, die eine oder andere Seite der naturgemäß vielschichtigen Tatsachen stärker in den Vordergrund zu stellen. Ich sehe darin keine Desavouierung meiner Feststellungen. Grundsätzlich lehne ich es jedoch ab, auch nur den Versuch zu unternehmen, die Berichterstattung von Pressediensten einzuschränken; ich habe dies nie gegenüber der ÖVP oder FPÖ nahestehenden Institutionen versucht und werde es selbstverständlich auch gegenüber sozialistischen Institutionen nicht tun.

Zu Frage 4):

Ich darf darauf hinweisen, daß derzeit von einer Arbeitsgruppe des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen der paritätischen Kommission für Preis- und Lohnfragen eine Studie über die: "Probleme der Klein- und Mittelbetriebe im Wachstumsprozeß" ausgearbeitet wird.

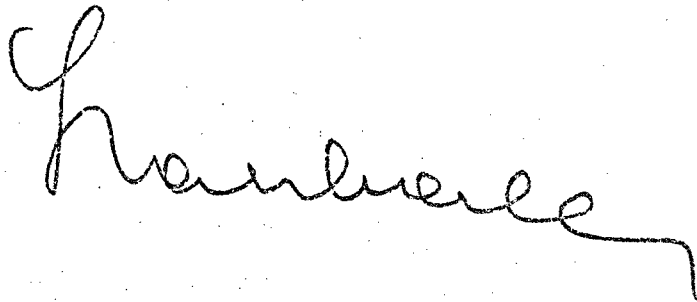
Diese Studie wird eine eingehende Darstellung u.a. auch der Entwicklung der kleinen und mittleren Betriebe sowie der allgemeinen Probleme (wie Finanzierung, Organisation, räumliche Aspekte usw.) sowie Schlußfolgerungen und Empfehlungen dazu enthalten.

Der Entwurf dieser Studie wird voraussichtlich noch Mitte Mai in der zuständigen Arbeitsgruppe einer abschließenden Diskussion unterzogen werden.

DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Blatt 3

Sobald die Ergebnisse dieser Studie vorliegen, werden sie in meinem Ressort einer sehr sorgfältigen Überprüfung unterzogen werden; erst dann wird beurteilt werden können, welche Prozesse der Entwicklung im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe zugrundeliegen.

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Hans Eder', with a long horizontal stroke extending to the right.